

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Druckort: Halle (S.).

Verlagspreis: Für die nächstfolgenden 12 Nummern 1 Mark 50 Pfennig. — Einzelheft 13 Pfennig.

Nummer 46

Halle (S.), 13. November 1926

2. Jahrgang

Befriedung und Konflikte.

Reichstagsbeginn — Uebler Anfang — Sozialdemokratisches Agitationsbedürfnis — Deutschnationale Demagogie — Die Hohenzollern-Debatte — Keine Märtyrer — Die Sehnsucht der Rechten nach Ministerjesseln — Unsere Bedingungen — Das tote Geleise — Frankens stabilisierung — Baldwin für Verständigungspolitik — Um die Militärkontrolle — Der Fall Garibaldi — Genugtuung für Frankreich — Der serbisch-italienische Konflikt — Die verfehlten Maßnahmen des Faschismus — Verständigung in der Tschechoslowakei — Der Sinn der Geschichte.

Die Politik ist in erster Linie und das kann nicht oft genug ausgesprochen werden, die Kunst der Geduld. Neben dem Inhalt ist ihr erstes Erfordernis. Nixes ohne Wahrheit ist so oft der Fall, daß nichts so heiß gesehnt wird, als gefochrt wird. Nur Sensationslust überläßt die Konfliktsmöglichkeiten, die sich immer ergeben, ohne zu einer Krise zu führen. Gewiß kann auch das der Fall sein, aber man wird, durch Erfahrungen genötigt, gut tun, sie nicht von vornherein in die Rechnung als sicher einzustellen. Ihre Möglichkeit besteht immer, man ist reichlich auf sie vorbereitet, aber gerade deshalb kann man sie am so ruhiger betrachten. Der Reichstagsbeginn schien für den Aufstehenden schon der Anfang von Ende zu sein. Alles hatte sich gegen die Regierung verschoben und die ersten Abstimmungsresultate waren in der Tat wenig geeignet, die Zukunft auf ruhige Entwicklung in diesem Winter zu führen. Heute, noch ehe die Woche zu Ende gegangen ist, nehmen die Dinge ein schon erheblich fremdlicheres Gesicht an. Dabei verfehlen wir durchaus nicht, daß es sich um ein labiles Gleichgewicht handelt, das Erschütterungen nur allzu leicht erliegt. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß wir im Laufe der Zeit zu einer Reichstagsauflösung kommen, aber man soll sie nicht ohne Zwang herbeiführen, und man soll vor allem, wenn sich die Notwendigkeit herausstellen wird, auch die geeignete Stunde wählen. Kann man sie vermeiden, umso besser, denn wir haben keine Veranlassung, das deutsche Volk vor eine neue Entscheidung zu stellen, die bei der herrschenden Zerrfahrenheit äußert ungesund ist.

Das Verhalten der Sozialdemokratie war von vornherein, und das hatten wir nach dem Ausgang der ständigen Landtagswahlen als sicher angenommen, vollkommen von dem Gedanken beherzigt, in Wettbewerb mit den Kommunisten zu treten. Nicht in der Frage der Gewerkschaftsfürsorge sehen wir dieses Agitationsbedürfnis erfüllt, denn man wird zugaben müssen, daß die Notlage tatsächlich voranden ist und eine Notwendige Erhöhung der Löhne ertragen könnte. Wir vermissen der Opposition es nicht, daß sie solche Forderungen erhebt. Sache der anderen Parteien ist es, hier die richtige Linie zu finden. Daß die Deutschnationalen aus Demagogie ihre Anträge unterlassen würden, konnten sie nicht voraussehen. Ueber diese merkwürdige Taktik ist kein Wort der Verteilung gesagt, und wenn man die deutschnationalen Blätter liest, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob ihnen selbst der Gottähnlichkeit ihrer Reichstagsaktion etwas unheimlich zu Worte würde. Es ist keine Rechtfertigung, was die eigene Presse versucht, sondern nur eine laune Verteilung.

Ueber das Ziel hinausgeschossen ist die Sozialdemokratie mit ihren Anträgen auf Auslösung der Mitglieder der ehemals regierenden Häuser. Es ist ohne Zweifel eine Verfassungsänderung, denn nach Artikel 111 hat jeder Deutsche das Recht zur Freizügigkeit und Niederlassung im Reichsgebiet. Solche Bestimmungen, die gerade von demokratischer Seite seit 80 Jahren immer gefordert worden sind, und deren geschliche Festlegung ein beträchtlicher Erfolg der Entwicklung ist, soll man nicht ohne Grund aufheben, sie sind schließlich auch ein Schutz gegen die Reaktion in einzelnen Ländern. Daran zu rütteln haben sie keinen Anlaß. Umso weniger, als die Strafgesetze ausreichen, wenn Verfassungen vorliegen. Gewiß hat die Justiz manchmal verlagert, und der Reichsgerichtspräsident Dr. Simon hat das in seiner Minderheitsrede offen zugegeben, aber er hat bestanden, daß es hier ein Exempel sei, sondern weit eher auf jählicher persönlicher Einstellung wieder Mißtrau bewirkt. Ein gewisser Wandel ist übrigens bemerkbar und es sei nur daran erinnert, daß eben erst ein Berliner Gericht den früheren württembergischen Reichstagsabgeordneten Fahrenhorst zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt hat, wegen Beschimpfung republikanischer Minister und der Republik, mit der Begründung, die gesetzlich festgelegte Staatsform mißte unter allen Umständen gegen derartige Ausschreitungen geschützt werden.

Argwöhnische Aussicht auf Annahme des sozialdemokratischen Antrages besteht nicht und schon deshalb hätte er unterbleiben sollen. Man schafft keine Märtyrer, damit erreicht man immer die entgegengesetzten Wirkungen. Die Hohenzollern sind so radikal bemüht, den monarchischen Gedanken trotzschlagen, daß wir sie bei diesem löblichen Beginnen nicht fördern sollen.

Wenn Prinz Oskar einem Streifenmann-Altentänder Zigaretten in das Unterhosenbündel steckt, so wirbt er damit um Hunderttausende von Republikanern. Es ist bezeichnend, daß selbst Herr von Lindemann-Wibau in seiner großen Reichstagsrede mit keinem Wort auf diesen großen Eingangsriten ist, obwohl ihn der Sozialdemokrat Dr. Zenger geradezu herausgefordert hat. Ueberhaupt war diese Rede des jungen deutschnationalen Abgeordneten interessant durch das, was sie mehr verriet, und er hat zu allem Ueberflus noch betont, daß er durch das was er sagt und vorwärts, keine eigene Unabhängigkeit herzustellen wolle. Wenn Worte einen Sinn haben, und das nehmen wir an, dann kann es nur bedeuten, daß man mindestens ein Teil aus dieser Faktion keine Lust verspürt, für eine verlorene Sache zu kämpfen.

Was die Deutschnationalen wollen, ist der Eintritt in die Regierung. Selbst unter Opfern. Sie drängen förmlich in die Ministerpalais. Wir aber sehen die Dinge doch etwas anders an und glauben, daß damit dem deutschen Volke nicht gedient ist. Vor allem wollen sie eine Umwandlung in der Partei nicht aufhalten, die unbedingt erforderlich ist. Herr Marx hat in Erfurt zwei Bedingungen gestellt, die jede Partei erfüllen muß, wenn sie die Verantwortung übernehmen soll. Anerkennung der Realität und Anerkennung der Thury-Aktion. Das entspricht auch der Auffassung der liberalen Partei, nachdem die Deutschnationalen im Auswärtigen Ausschus scharf gegen Stresemann vorgegangen sind und seine Politik verurteilt haben, kann das Angebot nur in den Papierkorb geworfen werden. Wir müssen allerdings damit rechnen, daß sich ähnliche Vorgänge wie bei der Erwerblosenfrage sich wiederholen. Es scheint, als ob die Deutschnationalen geradezu verzweifelte Schritte machen, die Mitte geistig zu stimmen. Glück haben sie damit sicher nicht. Es hängt von der Klugheit der Sozialdemokraten ab, ob dieses vernünftige Spiel zu immer neuen Konflikten führt, oder sich als aussichtslos erweist. Sollte die Linde wieder verknageln, so bleibe in der Tat nur die Auflösung übrig. Sie würde zweifellos mit einer schweren Niederlage der Rechten enden. Ob sie im übrigen unseren Wünschen entspricht, ist nicht ganz sicher. Man mindestens sollte man abwarten, bis die Folgen von Thury sichtbar werden.

Vordringlich ist die Außenpolitik auf einem toten Geleise festzusetzen. Das kann nur den stufsig machen, der den Gang solcher Verhandlungen nicht kennt. Kein internationaler Vertrag kommt zustande, ohne daß einige Male der Abruch unmittelbar bevorsteht. Jeder Vertrag der letzten Jahre ist dafür ein Musterbeispiel. Das liegt in der Struktur der Diplomatie. Deshalb ist jede Aufregung überflüssig. Solange Verhandlungen nicht endgültig gescheitert sind, können sie nicht als verloren angesehen werden. Bei Thury wäre jeder pessimismus verfehlt. Je weniger man bei uns drängt und je tüchtiger und gelassener man einem Scheitern entgegensteht, umso weniger Grund zu Besorgnissen besteht. Es war ja bei Locarno nicht anders. Man soll es Poincaré überlassen, seinen Franken zu stabilisieren. Französische Wirtschaftskrisen leben die Anfangserfolge sehr mißtraulich an. Wir brauchen auch den Franzosen nicht zugureden, ihre Schul-

den mit allem Nachdruck, ist die Aufhebung der Militärkontrolle, die immer neuen Verdrus schafft. Die Verhandlungen beginnen wohl jetzt ersichtlichere Formen anzunehmen und wir haben das Vertrauen von Locarno gewiß, daß er sich durchsetzt.

Die gleiche Zurückhaltung ist aber auch jenen Konflikten gegenüber empfehlenswert, die in der letzten Woche die Öffentlichkeit in so starkem Maße beschäftigt haben. Der Fall Garibaldi hat viel Staub aufgewirbelt. Es ist in der Tat eine Entscheidung, die den moralischen Zerfall des Faschismus deutlich genug beweist. Vorkriegsrepublikanismus, das Verschwinden künftigeren soll und Autokratie annehmen soll, ist immer der Anfang von Ende. Auch der Versuch, gerade auf französischem Boden Komplotte zu schmieden, um so eine fremde Aktion in der Gegenwart zu sehen, ist nicht neu. Wir begreifen die Unterstützung der Pariser Presse und die ernstlichen Vorstellungen des französischen Botschafters in Rom entsprechend durchaus diplomatischen Gespinnsteigen, aber tödlich wäre es, irgendwelche übertriebene Hoffnungen daran zu knüpfen. Die Erregung ist bereits im Abklingen begriffen, nachdem Mussolini ausreichende Genugtuung gewährt hat und nichts weiter verfehlt, als deutschseits etwa zu helfen. Unter eigenes Interesse geht garnicht dahin, zwei Nachbarnationen zu verfeinden, wobei wir nur selbst Gefahr laufen, mit vermindert zu werden. Jede Irredeensität in Europa stellt eine Bedrohung aller Nationen dar. Das gilt auch von den serbisch-italienischen Zwischenfällen und dem maßlosen Handeln des kroatischen Führers Radichik. Der alte Kontinent braucht Ruhe, Ruhe und nochmals Ruhe.

Allerdings keine Friedlosruhe, sondern lebendiges Leben in voller Entwicklung. Wenn der Faschismus heute glaubt, durch gewaltsame Maßnahmen sich seiner Gegner entledigen zu können, so wird man auf Grund geschichtlicher Erfahrungen äußerste Zweifel hegen müssen, ob das gelingt. Man kann keine Opposition durch Todesstrafen und Kerkerhaft austrotten. Vor allem hat man in Rom die letzten Trümper heute ausgespielt. Eine Ueberlegenheit ist nicht mehr denkbar. Die völlige Verhängung der Freiheit hat sich bisher immer als das beste Agitationsmittel für die Freiheit selbst erwiesen, nur daß dadurch die Wahl der Mittel ergowunden wird. Diese Mittel anzupreisen, auch das ist geschichtliche Erfahrung, den Mitteln des Geyners, und es sollte uns nicht Raum der nehmen, wenn neue Gewalttaten das einzige Ergebnis sind.

Das friedliche Verständigung zwischen Mehrheit und Minderheit das Land fördert und dem Gesamtinteresse nicht, zeigt die Tschechoslowakei. Man hat auch dort zu erst versucht, das Deutschland durch kleinliche Maßnahmen zu unterjochen, heute wählt man den entgegengesetzten Weg und sucht seine Kräfte nutzbar zu machen. Soeben hat der tschechische Unterrichtsminister Sobotka in einer Rede die völlige Autonomie der Schulen angelündigt. Man solle sich nicht gewissig die Kinder fortnehmen. Damit ist ein Schritt vorwärts getan, der sicherlich auch der Tschechoslowakei zum Nutzen gereicht. Wenn das Deutschland, das ja in Böhmen und Mähren sehr stark ist, menslich kulturell, mit den Tschechen gehen kann, so bedeutet das für den jungen Staat eine Förderung, die ihm gegen Erschütterungen nach innen und außen hilft. Es wird auch der Tag kommen, wo man in Italien zu der Erkenntnis gelangt, daß man den Förolern gegenüber schwerer Fehler begangen hat. Man soll vor allem Vertrauen zu den lebendigen Kräften der Geschichte haben. Sie rächen die Opfer und erzwingen die Umkehr.

Richard May.

Wieviel Mitglieder hast Du in diesem Jahre für die Partei gewonnen? Keine?

Denn eie, stüme nicht! Stehe Andern nicht nach. Auf Deine Mitarbeit kommt es an.

Demokratischer Reichsparteitag in Stuttgart.

Einheitsstaat und Siedlung.

Wie der Vorsitzende der demokratischen Arbeitstagung, Reichstagsabgeordneter Erlebens mitteilt, wird voraussichtlich der Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei, vorbehaltlich der Zustimmung des Parteivorstandes und des Parteiaussschusses in der Woche nach Pfingsten 1927 in Stuttgart stattfinden. Im Vordergrund der Erörterungen werden die Gedanken des Einheitsstaates und der bauerlichen Siedlung stehen.

Demokratische Führertagung.

Die politische Arbeit des kommenden Winters. Dieser Bericht mußte aus technischen Gründen um eine Nummer zurückgestellt werden. Die Schriftleitung.

Die demokratische Reichstagsfraktion hatte beschloffen, vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages am 3. November eine Tagung im Verein mit den Fraktionen der Länder und führenden Persönlichkeiten der Partei abzuhalten, um die Richtlinien für den Weg der politischen Winterarbeit aufzustellen. Als Einleitung dieser Arbeit fand in der „Deutschen Gesellschaft 1914“ ein gesellschaftliches-Besammlungsstätt, das die Reichstagsfraktion und zahlreiche Gäste vereinigt sah. Von den demokratischen Mitgliedern der Reichsregierung nahmen Reichswehrminister Dr. Gessler, der Reichsminister des Innern Dr. Riß und der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold an dem Abend teil. Die preussische Staatsregierung vertrat Handelsminister Dr. Schreiber. Mit besonderer Freude wurde auch die Teilnahme des regierenden Bürgermeisters von Hamburg Dr. Petersen, des Ehrenvorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei, festgestellt.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Reichstagsabgeordneter Anton Erlenz wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß seit dem letzten gesellschaftlichen Besammlungsstätt im Jahre verfloßen seien. Jahre voll schwerer Vorfälle und nicht hätte denken können, daß die Demoskratie im Reich und in den Ländern in fester Anspannung gewesen seien. Wenn heute eine gewisse Erleichterung eingetreten sei, so dürfe man doch nicht vergessen, daß die Deutsche Demokratische Partei das „Reichsbild“ genannt zu werden verdiene. Sie sei die republikanische Reichspartei gewesen, und sie habe als solche auch vor der Weltgeschichte einst ehrenvoll zu bestehen. Gertrud Bäumer sicherte die Ausrichtungen der Genfer Erklärungen auf die deutsche Politik. Heute ist alles schon selbstverständlich geworden, an dessen Verwirklichung man vor wenigen Jahren noch Aufgaben genug übrig, und vor allem gilt es, im Sinne Friedrich Naumanns die Republik mit sozialer Gerechtigkeit zu erfüllen. Der Berliner Historiker Geheimrat Prof. Friedrich Meinecke zeichnete formvollendet die Aufgaben, die die Demokratie seit 1918 bewältigt hat. Es ist einmal die Aufrichtung des Reiches nach dem Zusammenbruch gewesen und das war zum anderen die Rettung der Weimarer und damit die Einheit des Reiches im Herbst des Jahres 1923. In der deutschen Geschichte erscheint immer das Heroische als groß, aber es ist jetzt Sittlich geworden, das scheinbar Unheroische in heroischer Gesinnung zu tun. Zwei Personen verkörpern dies: die beiden Reichspräsidenten Friedrich Ebert und Paul von Hindenburg. Geheimrat Meinecke weichte dem deutschführenden Sozialisten und dem deutsch und sozialführenden preussischen Offizier sein Glas, als er den Hochruf auf den Reichspräsidenten ausbrachte. Staatssekretär Prof. Dr. August Müller kam ebenfalls auf die Grundaufgaben in der Demokratie zu sprechen und forderte vor allem die rechtliche Toleranz. Das preussische Landtagsmitglied Oberbürgermeister Dr. Bohmer würdigte Wesen und Arbeit der demokratischen Frauen.

Die Arbeitstagung, die im Reichstag begann, war aus allen Teilen des Reiches gut besucht. Die Tagung stand unter der Leitung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Erlenz. An den Parteiführer und Fraktionsvorsitzenden Roth, der sich im Augenblick noch auf einer Studienreise durch die Vereinigten Staaten befindet, wurde ein herzliches Begrüßungstelegramm gerichtet. Erlenz wies in seiner Eröffnungsansprache auf die Festigung der politischen Verhältnisse hin. Es sei ein bemerkenswerter Zustand, daß das Parlament eine so lange Sommerpause hinter sich habe, und nicht einmal der Regierungsausschuss zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung tag einberufen werden müssen. Die innerpolitische Beruhigung und die Stärkung der Republik ist nicht zu bezweifeln. In weiteren Ausführungen der Republik wird aber der Winter eine Reihe von schwierigen Fragen bringen, und diese Fragen zu erörtern ist der Hauptzweck der gegenwärtigen Tagung. Insbesondere gilt es Prüfung zu nehmen mit den demokratischen Fraktionen der Länder, um die Einheitlichkeit der Politik zu gewährleisten.

Nach dem Tagungsprogramm wurde zuerst die Außenpolitik besprochen, und der Reichstagsabgeordnete Graf Bernstorff, der Mitglied der deutschen Delegation in Genf war, erstattete über die Genfer Vorgänge Bericht. Nach dem Wort Schillers ist der Völkerverbund eine Idee und keine Erfahrung. Die Idee ist unbedingt zu bejahen, und zurzeit ist es so, daß die ganze auswärtige Politik mit dem Völkerverbund zusammenhängt. Ob das immer so bleiben wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Es ist richtig, daß jetzt aus dem Bündnis der Siegerstaaten eine Vereinigung geworden ist, die auf Universalität hinzielt. Graf Bernstorff schilderte dann die Zusammenkunft von Thoiry und hob den Gegensatz hervor, der darin besteht, daß noch vor drei Jahren Frankreich ständig erklärt hat, die französische Souveränität erfordere, daß die französische Armee am Rhein steht. Jetzt haben Briand und Stresemann darüber gesprochen, wann und wie es möglich sei, die Besatzung aufzuheben, und von der Unabhängigkeit der Zurückziehung der Besatzung ist überhaupt nicht mehr geredet worden. Was man auch über die Einwirkungen von Thoiry sagen mag, der Ausdruck ist allgemein. Briand freud und fällt mit seiner Politik. Poincaré ist natürlich Ministerpräsident. Er ist es geworden mit der Wille und dem Auftrag, den Franken zu stabilisieren und die Frontenabstimmung durchzuführen. Niemand aber glaubt daran, daß eine solche Stabilisierung möglich ist, wenn nicht Frieden und Vertrauen in Europa wieder hergestellt sind. Zum Schluß behandelte dann Graf Bernstorff die Frage der Abrüstung und

Streiflichter aus dem Stadtparlament.

Auf dem Wege der Selbstvernichtung. — Erziehungserfolge an Stadtvätern. Die Riesenbelastung der Städte durch die Wohnfahrtspflege.

Magdeburg, 12. November.

Der für die Kommunisten günstige Ausfall der sächsischen Landtagswahlen hat die Magdeburger Kommunisten in einen keinen Siegessturm verjagt. Nur so wird man ihrem Antrage gerecht, in dem sie in der Stadtoordnetenversammlung am Donnerstag die Auflösung der Stadtoordnetenversammlung und die Anberaumung von Neuwahlen mit der Begründung forderten, daß die Bestimmung in ihrer heutigen Zusammensetzung dem Willen der Wählergeist nicht mehr entspricht. Die letztere Behauptung mag gar nicht so unrichtig sein; wir haben aber allen Anlaß daran zu zweifeln, daß die Fraktion der Antragsteller in ihrer heutigen Stärke noch etwaigen Neuwahlen in das Stadtparlament zurückkehren würde. Legt man nämlich das Ergebnis der vor nicht allzu langer Zeit erfolgten Provinziallandtagswahlen in Magdeburg einer angenommenen Neuverteilung der Mandate in der Stadtoordnetenversammlung zu Grunde, dann würde nämlich die ganze SoSe-Minorität der Kommunisten auf einen Mann zusammenzukaufen. Die Stadtoordnetenversammlung hätte daher den Kommunisten keinen schillerteren Stellen zweifeln können, als ihrem Verlangen nach Parität zuzustimmen. Wir haben aber in der heutigen Zeit doch etwas Wichtigeres zu tun, als durch einen ganz überflüssigen Wahlkampf die politischen Verhältnisse in der Bevölkerung aufs neue aufzupeitschen. Die demokratische Fraktion stellt es daher für überflüssig, auf das gar nicht erst gemeinte Verlangen der Kommunisten auch nur mit einem Worte einzugehen. Die Rechtspartei und die Völkischen gaben Erklärungen ab des Inhalts, daß sie zu dem Antrag nichts zu sagen hätten und daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen würden. Daß wir zum mindesten von den Völkischen sehr unwürdig behandelt. Wäre nämlich der Antrag der Kommunisten angenommen worden und hätte es nach dem Ergebnis der Provinziallandtagswahlen in Magdeburg geredet — den Untergang der gesamten Fraktion der vereinigten völkischen Parteien in der Stadtoordnetenversammlung zur sofortigen Folge gehabt. Doch Rechtspartei und Völkische verließen sich darauf, daß die anderen sich nicht den Demagogen zu lassen werden, die sie leichtsinniger Weise herausbeschwören. Die sozialdemokratische Fraktion schloß sich der Kommunisten an und ließ die kommunistischen Parität-Männer ruhig geschweigen. Wenn hingegen Verlangen wurde selbstverständlich nicht entprochen.

Der Stadtoordnetenvorsitzer hatte bisher die Kommunisten gegenüber als politische Kinder angesehen und ihre Ungehörigkeiten mit einer gewissen Nachsicht behandelt. Daß aber ungesogene Kinder leicht zu einer Plage werden, hat schon mancher Familienvater erfahren müssen. Auch

die der Vereinhaltung des Minderheitenrechts. Dr. Gertrud Bäumer befahte sich dann mit den Fragen der Mindergruppen in Völkerverbund und sicherte aus diesem Problem heraus die Stellung der deutschen Delegation. Die Mindergruppen in Völkerverbund ist eine der ernstesten Fragen und schon ist bei den ständ-

Stadtoordnetenvorsitzer will daher seine kommunistischen Kinder ein bißchen schärfer an die Gängelung nehmen. Das Hinderte er ihnen in der Parteiveranstaltung als Erwiderung auf eine Beschwerde des Stadto. Röhner an, der der Empörung der kommunistischen Fraktion darüber Ausdruck gab, daß in der letzten Sitzung die kommunistischen Propaganda-Anträge durch Uebertragung zur Tagesordnung überführt worden waren. Wie alle vorerwähnten unartigen Kinder, glauben auch die Kommunisten die ernste Mahnung in den Wind schlagen und in ihren Rippelein luftig fortzuziehen zu dürfen. Doch da klopfte ihnen der Vorsteher recht heftig auf die Ohren, indem er ihnen Röhner im Streit, Röhner, zwei Ordnungserzue hinteranderrt erteilt und ihm zu verstehen gab, daß er ihn nach dem dritten Ordnungszug die Vorzüge der freien Luft auf dem Stadtpark machen möchte. Das zog. Die Kommunisten maekten dann ein bißchen, gaben sich aber dem nichtig Mühe, nicht allzu sehr aus der Rolle zu fallen. Wenn der Stadtoordneten-Vorsitzer in dieser Erziehungsmethode weiter fortfahren, wenn es notwendig sein sollte, muß ein oder zwei von den Kommunisten zu unangelegenen erträglichen Mitgliedern der Stadtoordnetenversammlung erzogen werden.

Daß Magdeburg unter der Arbeitlosigkeit besonders schwer zu leiden hat, glaubte nämlich die Regierung in Abrede stellen zu müssen, und zwar zu dem Zweck, die Erwerbslosen geringer sein zu lassen als in anderen preussischen Provinzen. Diese Statistik mag für einige Teile der Provinzen nicht ganz unzutreffend sein, soweit nämlich die rein agrarischen Kreise in Betracht kommen, aber im übrigen ist die Statistik nicht in anderen Industriegebieten. Festgestellt wurde in der Donnerstagsabstimmung, daß nicht weniger als 60000 Einwohner von 110000 in Magdeburg mit der Arbeitlosigkeit zu kämpfen haben. Das ist eine solche Belastung auf die Finanzen der Stadt auszuwirken, braucht wohl nicht näher dargelegt zu werden. Zum Teil ist die wenig erfreuliche Entwicklung auf die Politik der Reichsregierung zurückzuführen, die die sogenannte „Kürzung“ für die Regierung nach sich ziehen, die zu standkommen mußten, ohne ihnen die Mittel zu gewähren, die nötigen Riesenkapitalien zu beschaffen, daß die Stadtverordnungen für die Wohnfahrtspflege in der ersten Hälfte eines Angelegenheit des Reiches ist, von den Städten getragen werden müssen, die nicht gewöhnlich sind. Die wenigen ihnen verbliebenen Steuerquellen und die Wertstoffe bis zur Unerschöpflichkeit anzuheben. Andere Reichsböden müssen dafür sorgen, daß die ihnen ein Bandel eintritt, damit endlich den Städten die schon lange in Aussicht gestellte Entlastung gewährt wird.

Die Reichsregierung hat bisher die Kommunisten gegenüber als politische Kinder angesehen und ihre Ungehörigkeiten mit einer gewissen Nachsicht behandelt. Daß aber ungesogene Kinder leicht zu einer Plage werden, hat schon mancher Familienvater erfahren müssen. Auch die der Vereinhaltung des Minderheitenrechts. Dr. Gertrud Bäumer befahte sich dann mit den Fragen der Mindergruppen in Völkerverbund und sicherte aus diesem Problem heraus die Stellung der deutschen Delegation. Die Mindergruppen in Völkerverbund ist eine der ernstesten Fragen und schon ist bei den ständ-

Die Reichsregierung hat bisher die Kommunisten gegenüber als politische Kinder angesehen und ihre Ungehörigkeiten mit einer gewissen Nachsicht behandelt. Daß aber ungesogene Kinder leicht zu einer Plage werden, hat schon mancher Familienvater erfahren müssen. Auch die der Vereinhaltung des Minderheitenrechts. Dr. Gertrud Bäumer befahte sich dann mit den Fragen der Mindergruppen in Völkerverbund und sicherte aus diesem Problem heraus die Stellung der deutschen Delegation. Die Mindergruppen in Völkerverbund ist eine der ernstesten Fragen und schon ist bei den ständ-

Demokratische Reichspolitik.

Im Schluß der demokratischen Arbeitstagung wurde einstimmig die nachfolgende von den Reichstagsabgeordneten Dr. Fischer-Köln und Staatssekretär a. D. Oscar Meyer-Berlin eingebrachte Entschließung angenommen:

„Die Deutsche Demokratische Partei hat seit ihrer Begründung zwei beherrschende Ziele verfolgt: in der Außenpolitik eine die nationale Würde wachrende Verständigung mit den Gegnern im Kriege und die Schaffung eines internationalen Rechtes zwischen allen Völkern der Welt, unter dessen Schutz an ihrem Volk Gleichberechtigung und Freiheit und der ganzen Welt des Friedens gesichert werden; in der Innenpolitik die vom Willen des Volkes geschaffene republikanische Verfassung zu festigen und im sozialen Sinne auszubauen.“

Die D. D. P. stellt mit Genugtuung fest, daß diese Ziele sich jetzt auch außer den Parteien, die das Weltmarer Wert verantwortlich geschaffen und erhalten haben, weitere große und bedeutungsvolle Teile unserer Völkern zur Verfügung stellen.

In der Außenpolitik hat Donato, Genf und Thoiry Meilensteine auf dem Wege dem Rächter Rathmann gewiesen hat, und dessen kraftreiche Fortschreibung durch die Reichsaussenminister Stresemann die D. D. P. dankbar anerkannt. Die völlige Befreiung Deutschlands von fremder Besatzung und eine der Leistungsfähigkeit angepaßte Regelung unserer Reparationspflichten müssen als nächste Zukunftsaufgaben mit höchstem Nachdruck verfolgt werden.

In der Innenpolitik haben das Verlangen der Deutschen nationalen in der Regierung und die wachsende Erkenntnis von der Notwendigkeit der Beteiligung aller Völkerefreie an der Verantwortung die Wichtigkeit der Politik der Deutschen Demokratischen Partei bestätigt. In wirtschaftlicher Beziehung ist unter demokratischer Führung eine wesentliche Erleichterung des auf dem Volke lastenden Druckes angebahnt worden.

Die Deutsche Demokratische Partei ist auf Grund dieser Entwicklung mehr denn je entschlossen, zum Besten des Vaterlandes ihren Zielen unermüdet zu dienen.“

Forderung eines Wohnfahrtsstätteneffekt.

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat folgende kleine Anfrage eingebracht:

Der Reichstag hat in seiner Sitzung am 5. Mai 1922 mit nahezu Zweidrittel-Mehrheit in namentlicher Abstimmung den Beschluß gefaßt, die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald ein Wohnfahrtsstätteneffekt im Sinne des Entwurfes des „Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium“ vorzulegen. Wir fragen die Reichsregierung, ob die Vorlegung dieses Gesetzeswurfes demnächst zu erwarten ist.

Staatssekretär Dr. Abegg Landtagsabg. Rave
sprechen Sonntag, den 14. November vormittags 11 Uhr in der „Freundschaft“.
Eingeführte Gäste haben Zutritt.

nachigen Vertretern die Meinung vorhanden gewesen, daß die Universalität des Völkerverbundes Schaden erleiden könne. Hinsichtlich der sächsischen Arbeit hat Deutschland noch viel zu lernen; andererseits wird in den Kommissionen selbst noch in ganz anderer Weise als bisher sachlich gearbeitet werden müssen. Zum Schluß beprach Gertrud Bäumer die Völkerverbundpolitik im Lichte der deutschen Defensivität und anschließend wies Erlenz darauf hin, daß bisher vom Wesen und Wirken des Völkerverbundes in Deutschland vielfach ein falsches Bild bestanden hat.

Der Reichsminister des Innern Dr. Riß beprach dann die Haupt-Richtlinien der Reichsregierung für die Thoiry-Politik. Genf und Thoiry bedeuten einen moralischen Erfolg für Deutschland. Die Küge von der Allseitsbund Deutschlands am Kriege ist durch die deutsche Aufnahme endgültig erledigt. Die Kriegsschuldfrage ist heute nur noch ein historisch-kritisches Problem, das gelöst wird. Genf und Thoiry bilden aber auf einen Anlaß und zwar haben sie der Reichsregierung einen riesigen Komplex wirtschaftlicher, finanzieller und außenpolitischer Fragen gebracht. Selbstverständlich muß man sich von allen Klaktionen freihalten, und die Gründung wird sich nicht von heute auf morgen einstellen, sondern der Weg der Entwicklung wird noch demselben genau sein. Dr. Riß sprach dann über die Fragen der Rheinlandbefreiung, über die Freiheit des Saargebietes und er zeichnete die Zusammenhänge, die zwischen den Finanzplänen und der interalliierten Schuldregelung bestehen. In

Parleinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Geschäftsführender Ausschuss). Die für Montag, den 22. November, vorgesehene Sitzung fällt mit Rücksicht auf die Zusammenkunft des erweiterten Vorstandes aus.

D. D. P. (Stammtitel). Dienstag, den 16. November, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, Weinfaßstraße 6. Die Mitglieder der D. D. P. werden gebeten, sich am Stammtitel zu beteiligen.

Deutsche Demokratische Partei. Am Montag, den 22. November, abends 8 Uhr findet in den Mittäbder Bürgerhäuser, Apfelstr. 9, eine Sitzung des erweiterten Vorstandes statt. Als Besprechungspunkte sind vorgesehen: Organisationsbericht, Kassenbericht, kommunale Angelegenheiten und anderes mehr. Die endgültige Tagesordnung wird den Mitgliedern des Vorstandes frühzeitig zugefleißt.

Deutsche Demokratische Partei. Wir vernehmen nochmals auf die am Sonntag, den 14. November, vormittags 11 Uhr in der „Freundschaft“, Bräutelsstraße 32, stattfindende große politische Aussprache, zu welcher Herr Staatssekretär Dr. Wegg vom Preussischen Innenministerium das einleitende Referat übernommen hat. Zu unserer Freude können wir mitteilen, daß außer Herrn Wegg auch Herr Landtagsabgeordneter Volkzeitungssekretär Wane an der Besprechung teilnehmen wird. Die Mitglieder der D. D. P. werden dringend gebeten, pünktlich zu erscheinen, damit interessante Vorträge während des Vortrages vernommen werden. Die demokratischen Wähler sind zu dieser Versammlung ebl. eingeladen. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Demokratische Jugend. Freitag, den 19. November, abends 8 Uhr im Frankle-Jugendheim (Zimmer 8): Rückblick auf die Novemberereignisse 1918.

Umland-Bund. Freitag, den 26. November 1926, abends 8 Uhr in den Mittäbder-Bürgerhäuser, Apfelstraße 9, Vortrag von Frau Meta Gerloff über: „Der neue Mensch nach der Gewalt.“ Alle Parteifreunde sind zu unseren Veranstaltungen freundlich eingeladen.

Demokratische Partei und Mittelstand!
(Eine Bitte an die Kleingewerbetreibenden.)

Die demokratische Landtagsfraktion ist zur Zeit in Beratungen über die Gewerbesteuer eingetreten. Das Magdeburger Parteibüro, Breitenweg 139-140, wäre dankbar, wenn es von Kleingewerbetreibenden eine Aufstellung über Einkommen und die davon 1926 geleisteten Steuerzahlungen bekäme. Die Angaben werden streng vertraulich behandelt. Einzelne in der Fraktion vorgetragene Beispiele aus anderen Städten zeigen eine unerhältnismäßig hohe Belastung gerade

des kleinen Gewerbes. Die Fraktion wird hier Unterstützung schaffen. Ein Antrag ist von der Fraktion schon vorbereitet:

1. daß Mieten und Pachten nicht mehr zur Anrechnung kommen,
2. daß keine Doppelbesteuerung des Grundvermögens eintritt,
3. daß mit Rücksicht auf die heutige Notlage gewerbesteuerpflichtige Einzelpersonen, die mit nicht mehr als RM. 3600 zur Reichseinkommensteuer veranlagt sind, zur Gewerbesteuer nur mit einem niedrigen Hundertsatz der Reichseinkommensteuer herangezogen werden dürfen.

Weitere Erleichterungen für die Uebergangszeit bis zum Finanzausgleich werden erwoogen.

Was haben Sie für die Verbreitung der Mitteldeutschen Rundschau getan?

Alle Anfang ist schwer. Unsere Aufforderung, die Monate November und Dezember als Werbemonate für die Mitteldeutsche Rundschau zu benutzen, hat bei einzelnen Stellen sehr gute Maßnahmen gefunden. Die ersten Berichte, die bei uns eingegangen sind, lassen erkennen, daß bei intensiver Arbeit selbst auf den kleinsten Dörfern einige Leser für die Mitteldeutsche Rundschau gewonnen werden können. Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß es Pflicht eines jeden Demokraten ist, an seinem Teil dazu beizutragen, damit überall dort, wo Gleichgültigkeit vorhanden ist, der Mitteldeutschen Rundschau Eingang verschafft wird. Wir erklären uns bereit, den gewonnenen Beisetzern auch in den ländlichen Orten die Zeitung durch unseren Verlag zu überweisen, wenn uns die Bezieherliste bis spätestens 20. ds. Monats vorliegt. Es wäre für uns eine besondere Freude, wenn jeder demokratische Vertrauensmann sich umgeben in den Kreisen seiner Geltungsfreunde umsehen würde, wenn dort noch der Mitteldeutschen Rundschau fernsteht. Wir sind überzeugt, daß es gelingt, eine Anzahl Leser zu gewinnen. Mit frohem Mut an die Arbeit, und wir werden vorwärts kommen.

Steuererläuterer für den Monat November 1926.

Bei den künftigen Steuererläuterungen sind zu zahlen: II. bis 15. November ohne Schonfrist. Gewerbesteuer.

- a) Ertragssteuer für die Monate Oktober-Dezember 1926 gemäß Veranzeichnungsbeheiß. Der Kommunalzuschlag beträgt 600 bzw. 720 Proz. des Steuergrundbetrages. Nachzahlungen für das Rechnungsjahr 1926 gemäß Veranzeichnungsbeheiß.
- b) Wohnsteuer. Die Steuer beträgt 1100 Proz. des Steuergrundbetrages gleich 11 Prozent im Monat Oktober gehalten Gehälter und Löhne. Wie bisher, ist bis zum Fälligkeitstermin außerdem eine Voranmeldung nach vorgegebenem Formular bei der zuständigen Zahlstelle einzureichen. Borbrüche sind von der Schuldzinserei Kasper, Gr. Jun-

ferstraße 2, zu beziehen. Nur diese sind zu verwenden. Die Höhe der Vorauszahlung ist vom Steuerpflichtigen selbst zu ermitteln und auf dem Belegzettel für 1926 nachzutragen.

II. bis 15. November mit Schonfrist bis 22. November.

- I. Grundvermögenssteuer (staatliche und kommunale).
 - a) für den Monat November für bebauten Grundstücke, die nicht dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind;
 - b) für die Monate Oktober bis Dezember 1926 für solche Grundstücke, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind.
- II. Kanalgebühr für Monat November gemäß Steuerzettel.
- III. Hauszinssteuer für den Monat November. Die Hauszinssteuer wird im Regelfalle der jeweils fällige Betrag der staatlichen Grundvermögenssteuer bei bebauten Grundstücken, sofern diese nicht land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, erhoben. Abgesehen von einzelnen anderweitigen Normierungen der Hauszinssteuer wird auf die Bekanntmachung vom 3. Juli ds. Js. verwiesen.

Bei Ueberhebung oder Ueberweisung der Steuer ist Steuerzettel, Zeitabschnitt, für den gezahlt wird, sowie Hebesatznummer und Zahlstelle genau anzugeben. Bei Zahlungen, die nicht bis zum Fälligkeitstermin bzw. bis zum Ablauf der Schonfrist bewirkt werden, ist der gesetzliche Verzugszins in Höhe von 1/2 Proz. für jeden angefallenen halben Monat des Verzuges zu entrichten.

Wernigerode. Strafverurteilung des Amtsgerichtsrats Beinert. Amtsgerichtsrat Beinert in Wernigerode ist vom Großen Disziplinarrat des Kammergerichts Berlin zur Strafverurteilung verurteilt worden. Die von dem Disziplinarrat ausgesprochene Strafe ist sehr milde, denn Amtsgerichtsrat Beinert hat in seiner am 1. April 1925 auf dem Boden gehaltenen und dann im Druck veröffentlichten Broschüre die Deutsche Republik und einzelne Minister im unehrlicher Weise beschimpft. Er hat unter anderem geäußert, Erzberger sei ein Feind, wie ihn in der ganzen Welt die Sonne noch nicht beschienen habe. Überall in der Republik solle man bedauernd bekannt geworden, daß der Reichspräsident Herr Beinert ist in der Verantwortlichkeit schon früher dadurch bekannt geworden, daß er den Großputz eines württembergischen Heeres damit begründet hat, die Schimpfworte, die der Angeklagte gegen die Juden gebraucht habe, seien nicht unehrlich, denn es stelle sich immer mehr heraus, daß die Juden an dem Unglück des deutschen Volkes schuld seien. — Die Republik ist duldsam und human zugleich, sonst wäre ein Beinert ohne Gnade entlassen worden.

Dierschleben (Bode). Am Freitag, den 5. November 1926, abends 8 1/2 Uhr fand im „Stadtpark“ eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe der

Das Warenhaus
Magdeburgs



GEBR.
BARASCH

bietet den
Käufern die
größten
Annehmlichkeiten
dadurch,
daß sie fast alle
Bedarfsartikel
in einem Hause
kaufen können

Fahrradstühle
Erfrischungs-
raum
Lotteriekasse

SIE KOMMEN DOCH ZU UNS!
WENN SIE JETZT KAUFEN
finden Sie die größte Auswahl — werden sorgfältiger bedient
HABEN ALSO VORTEIL DAVON

SEIDENSTOFFE	HERREN-WESTEN	SCHNALLEN-STIEFEL
Helvetta-Seide große Breite, alle Farben Meter 3.50	Waldjackett für Herren, grau und braun Paar 3.95	Oberfilz mit Filz und Ledersohle, 51/55 Paar 4.90, 27/30 Paar 3.90
Eolifanne ex. 100 cm breite Seide mit Wolle Meter 4.50	Jagdwesten in grau und braun 6.50	Oberfilz mit Filz und Ledersohle, für Herren Paar 8.25, für Damen Paar 5.90
Größe de chine 100 cm breit, vollfließende Qualität Meter 6.25	Jagdwesten fa. Qualität, grau und grün 9.50	Oberfilz mit Lederbezug, 31/35 Paar 9.25, 27/30 Paar 5.25
Kunstseidentrikot 140 cm, in allen Modelfarben Meter 2.75	Trikotwesten für Herren 6.75	Oberfilz mit Lederbezug, für Herren Paar 8.75 für Damen Paar 7.50

KLEIDERSTOFFE	STRUMPFE	Dekorations-Stoffe
Mausklederstoff 90 cm, Halb- wolle, grau/grün Meter 85,-	Herren-Socken latzwolle, grau Paar 85,-	Gobelin-Stoffe 130 cm, solide gewebte Qualitäten Meter 5.50 4.50
Pulloverstoff gute stichtoffartige Qualität Meter 1.15	Herren-Socken reine Wolle, grau Paar 1.-	Pilusch 130 cm, reine Wolle, moderne Muster Meter 10.50
Popeline doppeltreilt, reine Wolle, alle Farben Meter 2.10	Herren-Socken reine Wolle, grau Paar 1.75	Rips bedruckt, für Diwan-Bezüge, für Herren Paar 8.25, für Damen Paar 1.50
Mantelfausch 130-140 cm, reine Wolle, alle Farben Meter 3.50	Herren-Socken reine Wolle, Kattunhaarfarbe Paar 2.50	Kunstseid. Dekor.-Stoffe 130 cm echtfarbig, elegant Meter 6.75 5.75
Kinderschotten in großer Musterauswahl Meter 1.45	Kinder-Strümpfe Woll-platt, Gr. 1 und 10 Pfg. jede weitere Größe 65,-	Madras-Stoffe 130 cm, echtfarbig Meter 2.50 1.85
Ripspopeline 130 cm breit, für Kostüme und Mäntel Meter 4.25	Kinder-Strümpfe reine Wolle Gr. 1 und 25 Pfg. jede weitere Größe 95,-	Spannstoffe 130-150 cm breit, elegante Muster Meter 5.50 3.25
Maulwurf-Imitation 150 cm, für Jacken und Mäntel Meter 6.90	Wollene Annähülflinge Paar 1.10 95,-	Mulle für Dekorationsstoffe 130 cm mod. gemust., echtfarbig Meter 2.75 1.95

BARASCH

Deutschen Demokratischen Partei statt. Unter herzlichen Dankes- und Begrüßungsworten eröffnete der 1. Vorsitzende, Studentrat Dr. Ritter, die Versammlung und gab zunächst einen umfänglichen Bericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe seit der letzten Mitgliederversammlung. Bemerkenswert waren seine Ausführungen über den Besuch des Reichstagsabgeordneten Staatspräsidenten a. D. Professor Dr. Hummel, der bei einer Informationsreise durch den hiesigen Kreis auch der Ortsgruppe einen Besuch abgestattet hat. Die interessante Beipresung ergab für die Teilnehmer sehr viel Anregendes, ebenso konnte sich Dr. Hummel von der rührigen Tätigkeit in der Ortsgruppe überzeugen. Er verabschiedete sich mit dem Versprechen, in nächster Zeit vor seinen Wählern einen öffentlichen Vortrag zu halten. Um die Arbeit innerhalb der Ortsgruppe noch intensiver zu gestalten, wurden ein Wirtschaftsausschuss und Beamtenschaftsausschuss gebildet. Die besondere Aufgabe dieser Ausschüsse soll darin bestehen, die speziellen Fragen der einzelnen Gruppen eingehend zu bearbeiten, Wünsche der betr. Organisationen entgegen zu nehmen und praktische Beschlüsse und Anregungen der Zentrale der Partei zuzuleiten. Durch die Bildung dieser Ausschüsse hofft die Ortsgruppe, eine zweckmäßige und notwendige Einrichtung zur Förderung der wirtschaftlichen und beruflichen Belange ihrer Mitglieder geschaffen zu haben. Nach Erledigung einiger weiterer Punkte wurde die sehr rege verlaufene Versammlung um 11 Uhr abends geschlossen. — Die Mitglieder sind mit frischem Mut und froher Zuversicht an die Arbeit. Sind die Erfolge auch noch nicht sehr groß, so ermutigen sie doch zu weiterem Streben. Wir haben die feste Zuversicht, daß es langsam, aber sicher aufwärts geht. D.

Dejau. (Wältliche Ungezogenheiten.) Auf Veranlassung der Deutschen Demokratischen Partei sprach der bekannte demokratische Oberbürgermeister Dr. Luppe-Münzberg in einer großen öffentlichen Versammlung über „Die deutsche Republik und ihre Zukunft“.

Ein großer Trupp nationalsozialistischer Ruhestörer unter Führung von Hauptmann Loeper fanden sich ein und verübten die Versammlung zu stören. Einer der jugendlichen öffentlichen Zwischenrufer machte eine beleidigende Bemerkung über die Münzberger Stadtverwaltung, die einen großen Tumult hervorrief. Der Vorsitzende, Dr. Kausch, machte diesem wüßtigen Theaterstück dadurch ein Ende, daß er die Ruhestörer aus dem Saal verwies. Die großzügig angelegte Rede von Bürgermeister Dr. Luppe fand stürmlichen Beifall.

Dejau. In einer stark besuchten Kundgebung der anhaltischen Beamten wurde eine Entschlüsselung des angeordneten, Studiendirektor Lohmann, angenommen: „Die in Dejau am 6. November 1928 zusammengetretene Versammlung des Landesrats des anhaltischen Beamtenverbandes im D. B. B. begrüßt den Zusammenschluß des D. B. B. mit dem früheren Gesamtverband der deutschen Beamtenvereinigungen und erwartet, daß nichts unversucht gelassen wird, um die gesamte deutsche Beamtenschaft zu einer wichtigen Einheitsorganisation zusammenzuschließen. Sie erhofft von dieser eine tätige Beteiligung ihrer idealen und materiellen Interessen und erwartet, daß es ihr insbesondere auch gelingt, sich bei der Reichsregierung Gehör zu verschaffen, damit das Beamtengesetz bald geschaffen und endlich die materielle Notlage der Beamten, insbesondere der unteren Gruppen, beseitigt wird.“

Coswig i. Anhalt. Als Nachfolger für den verstorbenen Kreisratsabgeordneten tritt Tischlermeister Karl Schüller in den Kreisrat ein. Schüller ist ein bekannter Handwerksmeister, der namens der Demokraten das Handwerk im Kreise vertreten wird.

Sernau. Die Deutsche Demokratische Partei im Kreise Zerbst hat einen sühneren Verlust erlitten. Kreisratsabgeordneter Bäckermeister Schüller, Sernau, ist plötzlich verstorben. Der Verstorbene war eine markante Persönlichkeit und spielte in dem Kreise des gewerblichen Mittelstandes infolge seiner aufrechten politischen Über-

zeugung und seinem lebhaften Interesse für die Belange des Mittelstandes eine beachtenswerte Rolle. Die Deutsche Demokratische Partei verliert in Schüller ein rühriges Mitglied. Sie wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Wer hat bezahlt?

Um Einhebung der fälligen Bezugsgebühren und Beiträge wird freundlichst ersucht.
Eingegangene Gelder: J. C. Langermünde 6,00 M., P. E. Eiben 3,20 M., A. Sch. Magdeburg 20,00 M., K. R. Befertingen 3,00 M., E. B. Neuhaldensleben 3,40 M., R. J. Schönebeck 7,20 M., C. R. Bernburg 7,20 M., B. R. Köthen 6,15 M., B. R. Magdeburg 8,00 M., F. B. Schlegelthin 2,90 M., A. R. Magdeburg 2,70 M., R. G. Neue Schloße 3,30 M., S. D. Magdeburg 12,00 M.

Neue Bücher

In Deinem Garten liegt ein Strauß, grab nur danach! Zur rechten Zeit erscheint das praktische und erfolgreichste Gartentragwerk der Neuzeit für erfolgreiche Gartenwirtschaft besonders für den Hausgärtner im Eigenheim und Kleingarten. Vom Beratenden Bezirksgärtner Hl. Zimner. Preis R. M. 3.— gebunden R. M. 4,50. Berlin und Verapung 20 Hfl. Heimkulturverlag, G. m. b. H., S. H. Reichardt a. M. Geschäftsstelle Deutscher Zeitung, Schlichting 20. Postfach 2000 Frankfurt a. Main Nr. 2279.

Von der bekannten Sammlung „Wie baue ich mich selbst?“ liegt Band 189 Radiolautsprecher mit 20 Abbildungen vor. Es besteht kein Zweifel, daß die Anleitung des Lesers sehr verständlich wiedergeben und dem Lesern die Ausführung und der Zusammenbau recht leicht vor Augen geführt wird. Diese Werke haben jedenfalls den Vorzug, daß sie ein vorzügliches Lehrmittel für Schule und Haus bilden und in jeder Hinsicht erzieherisch wirken. Der Preis beträgt für jedes Heft 80 Hfl. Ausführliche Bezugsliste versendet der Verlag von Hermann Beyer, Leipzig-R. umsonst.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Mühlh. Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Meyers (Alfa. Akt.). Delitzsch.

Auf Teilzahlung
Herren- und Damen-Konfektion
Wäsche
Manufakturen
Schuhe :: Pelze
S. Margulies
Breitenweg 80/81

Wilhelm Kobell's

H. Wurstwaren

H. Fleischwaren

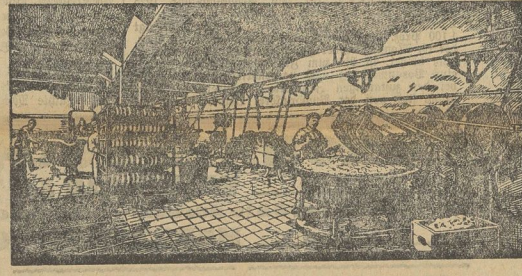
Altrenom. Wurst- u. Fleischw.-Fabr.
Magdeburg
Bärplatz Fernruf 7282

Fahr- und Motorräder
fabriziert, auf Teilzahlung, ohne Pfandversch.
von **fünf Mk.** an.
Schnell und bill. Preise. Verlangen Sie Katalog.
H. R. Bergmann, Vertriebs-Zentrale,
Breslau 1 (24/94).

Eine Klasse für sich
sind meine stadtbekanntesten hiesigen
und bayrischen
Biere „Siphons“
stets
„Frisch vom Faß“
Liefere überallhin frei Haus.

Biervertrieb **H. Dengel**
Peter Paulstraße 3
Ruf 7722

Konsum - Verein für Magdeburg u. Umgeg. E. G. m. b. H.



Prima Rinder-Gefrierfleisch
Rouladen . . . Pfd. 100 Pfg. | Roastbeef . . . Pfd. 80 Pfg.
Filet . . . Pfd. 100 Pfg. | Hohe Rippe . . . Pfd. 75 Pfg.
Schmorfleisch Pfd. 90 Pfg. | Kochfleisch . . . Pfd. 66 Pfg.

Frisches Schweinefleisch
in allen Lagern.

Prima Hammelgefrügel
beste Qualität.
Fleisch- und Wurstwaren
in bester Qualität.

Zu ganz besonders billigen Preisen empfehlenswert:
Speck fetter, geräuchert das Pfund **130 Pfg.**
Erhältlich in allen Lagern.

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Billigste Bezugsquelle
für **Schuhwaren**
B. Wolff's Gelegenheitskäufe
Schwertfegerstraße 14/15.
Standuhren billig!
Teilzahlung gestattet.
Furker & Vorbau,
Kl. Steinernischenstraße 17 Werkstatt.

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“
Bes. Ad. Thurnagel.

Altstädter Bürgersäle
Apfelstr. 9. Fernspr. 6774.
Inhaber Ferd. Preuß
Säle
Vereinszimmer
Speiserestaurant

Franz Pützkuhl
Empfehle:
Hüte, Mägen, Schirme, Wäsche,
Krawatten, Stöcke, Handschuhe,
Hojenträger.
Magdeburg - N.,
Lübecker Straße 120.

Wir fertigen
Drucksachen
für jeden Bedarf
schnellstens an
Buchdruckerei
Hugo Alpers,
Delitzsch.
Fernruf 466.

Bestellheim.
Sie bestelle hiermit
Exemplare
„Mitteldeutsche Rundschau“
für den
Monat Dezember
und füge den Bezugspreis von 55 Goldpf.
ausgibtlich 6 Goldpfennig Aufschlag-Geld
durch den Briefträger bei mir einkubeln zu lassen.
Name: _____
Wohnort: _____
Straße: _____



Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 46

Halle (S.), den 13. November 1926

2. Jahrgang

Preußens Elektrovorlagen.

Rede des Handelsministers Dr. Schreiber.

Der Landtag verabschiedete am Dienstag, den 9. November, die Vorlage über die Beteiligung des Staates an der Elektrizitätswirtschaft. Handelsminister Dr. Schreiber hielt eine ausführliche Rede, die wir im Vorlauf folgen lassen.

Die Fragen der Elektrizitätswirtschaft haben in der letzten Zeit in ganz besonderem Maße das Interesse der Öffentlichkeit gefunden. Das ist nur zu begrüßen, denn im Rahmen der Energiewirtschaft überhaupt kommt ganz zweifellos der Elektrizität als Kraft- und Lichtquelle für die deutsche Wirtschaft immer steigende Bedeutung zu. Heute gibt es keinen Wirtschaftszweig mehr, gleichviel ob in Industrie, Handel, Handwerk oder Landwirtschaft, der an einer ausreichenden, zuverlässigen und billigen Versorgung mit elektrischem Strom nicht in hohem Maße interessiert wäre. Und dabei stehen wir in Deutschland auf diesem Gebiet noch inmitten einer sich rasch vollziehenden Entwicklung. Einige Zahlen mögen das verdeutlichen. Während in den öffentlichen Elektrizitätsunternehmungen Deutschlands im Jahre 1913 erst 2.086 Millionen Kilowatt installiert waren, betrug die Leistungsfähigkeit dieser Unternehmungen im Jahre 1925 schon das Dreifache, nämlich 6.990 Millionen Kilowatt. In demselben Zeitraum umwuchs sich mehr als 10-fach das in der Stromerzeugung mindestens verdoppelt, nämlich von 5,1 Milliarde Kilowattstunden im Jahre 1913 auf fast gleichviel, nämlich 10 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1925. Dabei liegt die Entwicklung bei uns in Deutschland, obwohl wir auf dem Gebiete der Elektrizität führend in der Welt sind, noch weit zurück hinter dem, was in anderen Ländern erreicht worden ist. Während in Deutschland im Jahre 1924 nur 142 Kilowattstunden auf den Kopf der Bevölkerung verbraucht worden sind, betrug der Verbrauch auf den Kopf der Bevölkerung z. B. in Schweden 1924, in Amerika 472 und in der Schweiz 507 Kilowattstunden.

Freilich kann ich diese Zahlen nur mit Vorbehalt geben, einmal insofern, als in ihnen die Kraftanlagen nicht mit berücksichtigt worden sind, die in den eigenen Anlagen gewerblicher Unternehmungen erzeugt wurden und zum anderen insofern, als bei einem Teil der von mir genannten Länder andere Kraftquellen, wie insbesondere Kohle, nicht in demselben Umfange und so vorteilhaft wie bei uns in Deutschland zur Verfügung stehen, während andererseits die natürlichen Wasserkraftungen für die Gewinnung elektrischer Energie aus vorhandenen Wasserkräften besonders günstig liegen. Die Vergleichbarkeit der von mir gegebenen Zahlen erfährt dadurch eine gewisse Einschränkung. Immerhin genügt wohl der Hinweis darauf, daß in einer Stadt wie Berlin noch nicht der vierte Teil aller Haushaltungen an das Stromnetz angeschlossen ist, und daß sich bei uns in Deutschland auch die Elektrifizierung der Eisenbahn noch in den ersten Anfängen befindet, um darzutun, welche großen Entwicklungsmöglichkeiten auf diesem Gebiete gegeben sind.

Aus alledem ergibt sich für den Staat als Wahrer öffentlicher Interessen die selbstverständliche Pflicht, der Elektrizitätswirtschaft seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Diese Pflicht ist von ihm schon — oder vielleicht können Sie sagen erst — im Jahre 1917 deutlich erkannt worden. Damals hat das Preussische Abgeordnetenhaus die Frage der Elektrizitätswirtschaft und die Aufgaben des Staates auf diesem Gebiete eingehend erörtert, und der damalige Minister für öffentliche Arbeiten hat das elektropolitische Programm des Staates scharf umrissen. Ich habe mir erlaubt, in der Begründung der Vorlage Ihnen das Nähere hierüber ins Gedächtnis zu rufen und kann hier auf diese Ausführungen verweisen. Die Festschreibung der staatlichen Politik ist damals ist auch noch die Festschreibung der staatlichen Politik von heute. All das, was auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft vom Preussischen Staat in den letzten Jahren geschaffen und erreicht worden ist, ordnet sich vollkommen ein in das Programm, das Preußen sich schon damals gesetzt hat.

Da ist zunächst die rein geschäftliche Betätigung des Staates in Gebieten, die elektrowirtschaftlich bisher wenig entwickelt und für die Privatinitiative vielleicht auch nicht besonders reizvoll waren. Ich verweise auf die elektrowirtschaftliche Betätigung des Staates in Ostpreußen, in Ober-

schlesien und in dem Gebiet von Hesse und Hannover. Wenn der Staat sich auf diese Weise in erster Linie dünnbesiedelter Gebiete elektrowirtschaftlich angenommen hat, so folgt daraus sicherlich aber nicht, daß es berechtigt wäre, den Staat auf diese elektrowirtschaftlich gezeigten weniger vorteilhaften Gebiete zu beschränken. Vielmehr will es mir selbstverständlich erscheinen, daß man auch den staatlichen Unternehmungen so viel Entwicklungsmöglichkeiten einräumen muß, daß für seine staats-eigenen Werke eine günstige Belastung geschaffen werden kann, jedoch erst in seinem Bestreben, auch den weniger entwickelten Wirtschaftsgewebten den elektrischen Strom zu vorteilhaften Bedingungen zu liefern, nicht gebremst und gehindert wird. Wenn der Staat daher bei seinen Unterhaltungen über die Abgrenzung gewisser Elektrizitätsversorgungsgebiete mit großem Nachdruck darauf bestehen muß, daß ihm für seine Unternehmungen der gleiche genügende Entwicklungsspielraum bleibt, den der Staat vollkommen bereit ist, den konkurrierenden Unternehmungen auch seinerseits einzuräumen, so wird er dazu bestimmt nicht so sehr durch das an sich selbstverständliche rein geschäftliche Interesse seiner eigenen Unternehmungen, eine angemessene Veranlagung des investierten Kapitals herauszuwirtschaften, sondern dieses Bestreben des Staates, seinen Unternehmungen die Entwicklungsmöglichkeiten zu erhalten, zielt vor allem darauf hin, die billige Versorgung der von ihm betreuten Wirtschaftsgewebten möglichst rasch und nachhaltig herbeizuführen. Die Maßnahme, die der Staat in dieser Hinsicht in der letzten Zeit durchgeführt hat, und für die im Verlaufe von ihnen die erforderlichen Mittel erbeten werden, haben diesem Ziele gedient, und begreifen sich nach einer Verbindung der verschiedenen Kraftwerke praktisch auszuwirken.

Aber die rein geschäftliche Betätigung des Staates in der Elektrowirtschaft ist keineswegs die bedeutendste Aufgabe, die ihm auf diesem Gebiete gestellt ist, so selbstverständlich es ist, daß die staats-eigenen Betriebe technisch und organisatorisch so wirtschaftlich und so vollkommen wie nur irgend möglich sein müssen. Größer und wichtiger erscheint mir die Aufgabe des Staates, die darin besteht, darauf hinzuwirken, daß das ganze preussische Wirtschaftsgewebte in möglichst vollkommener Weise mit elektrischer Energie versorgt wird. Zur Erreichung dieses Zieles können die einzelnen Großunternehmungen auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft sicher in hohem Maße beitragen, aber im wesentlichen doch nur für ihr eigenes Versorgungsgebiet, während es eine Stelle geben muß, die über die regionalen Grenzen der einzelnen Elektrizitätsunternehmungen hinaus sich die Förderung der gesamten elektrowirtschaftlichen Interessen unseres Landes zum Ziel gesetzt hat, und diese Stelle kann naturgemäß nur der Staat sein.

Wenn ich dieser Art für den Staat auf dem Gebiete der Elektrowirtschaft eine gewisse Führung in Anspruch nehme, so meine ich das nicht in Sinne einer Beherrschung oder Bevormundung der auf diesem Gebiete vorhandenen gut geleiteten und hochentwickelten Unternehmungen, deren Leistung ich selbstverständlich in keiner Weise verkenne, sondern ich meine eine Führung vornehmlich im Sinne einer Zusammenführung und Zusammenfassung der Bestrebungen zur Lösung der gemeinsamen großen Aufgaben, die auf dem Gebiete der Elektrowirtschaft unabweisbar vorhanden sind. Unternehmungen dabei daran, daß die dafür in Betracht kommenden Unternehmungen zusammengeführt werden könnten zu einer planmäßigen Erziehung u. Verbindung von Hochspannungsleitungen, so wie diese das Gesamtinteresse des Landes erfordert, das sich nicht immer mit dem rein geschäftlichen Einzelinteresse des einen oder anderen Unternehmens deckt. Ich denke ferner daran, daß die Großunternehmungen ihre Stromkreise miteinander verbinden, um so eine gegenseitige Ergänzung und einen Belastungsausgleich herbeizuführen, der der Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen zugute kommt. Mir schwebt ferner dabei vor, daß die leistungsfähigen Unternehmungen sich zusammenfinden zur Schaffung von Wasserkraftanlagen, bei deren Errichtung die Mitwirkung des Staates schon deshalb unentbehrlich ist, weil die wasserwirtschaftlichen Interessen für die Landeskultur von besonderer Bedeutung sind.

(Fortsetzung folgt.)

Steuerzahler eine Höchstgrenze vorschlag, zu Fall gebracht. Sie hat auch für den Einkommensteuer die Berechnung nach einem dreifachen Durchschnitt verbündet. Die Steuer muß deshalb nach dem Einkommen von 1925 gezahlt werden, was einer schwereren Belastung der Steuerzahler gleich kommt.

Die Wirtschaftspartei ver sprach den Rentnern und Sparer ein Abberaumung des am sparsamen Balke begangenen Verbrehens. Im Sommer 1925 nahm sie das Aufmerksamste an und brachte sogar noch für die Hausbesitzer, die in der Inflationszeit verkaufen mußten, Verschlechterungen in das Gesetz hinein.

Die Wirtschaftspartei stimmte an einunddemselben Tage zuerst für den deutschen Nationalen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Marx-Stresemann. Um dann eine Stunde darauf für das Vertrauensvotum der Mittelparteien zu stimmen. Bei den Locarno-Verträgen stimmte in der ersten Lesung die Fraktion zu gleichen Teilen gegeneinander. Zweite Lesung: 10 mit Ja, 7 mit Nein. Dritte Lesung: 11 mit Ja, 9 mit Nein.

Die Wirtschaftspartei fällt infolge ihrer inneren Unsicherheit bei jeder Entscheidung nach allen Richtungen auseinander.

Sie arbeitet gegen die Interessen des Mittelstandes, da sie bei allen den Mittelstand bedrückenden Maßnahmen die Hände dabei hat. Sie schützt Leidenhaftigen und Unzufriedenen, weil davon ihre Lebensfähigkeit als Partei abhängt und täuscht ihre Anhänger in größtmöglicher Weise. In dem Augenblick, in dem der Mittelstand erkennt, zu welchen Zwecken er der Wirtschaftspartei eigentlich dienen soll, fällt die Partei als solche auseinander.

Kennen Sie jetzt die Wirtschaftspartei? th.

Die Kronprinzessin in Halle.

Man schreibt uns: Am Freitag nachmittags fand ein Konzert von Johanniter-Schwämmern aus ganz Deutschland in Anwesenheit der Kronprinzessin, Kronprinzessin Cécile, unter Leitung des Ordensvermeisters Freiherrn von Matzahn-Gülk in Halle statt. Außer etwa 60 Johanniterschwämmern war eine Reihe von Ordensrittern aus der Provinz Sachsen und aus Anhalt, unter ihnen der Kommandeur des Johanniterordens in unserer Provinz, Graf von der Schulenburg-Wienburg, zumangekommen.

Das hallesche Diakonissenhaus hatte seine geistlichen Räume für diesen Zweck festlich geschmückt. Zuerst fand ein Gottesdienst in der stimmungsvollen Anstaltskapelle statt, in der Sup. Moehr eine Ansprache hielt über Cor. 13, 7-8. Er erinnerte an das Vorbild der Märier, die dem Gedanken des apertwilligen Dienstes Bahn gebrochen, und zeigte, daß Christus, von dem dieser Dienst stammt, in allem Wesen der Zeiten verbleibe bleibt. Abschluß wurde die schillerige Feier vom Chorgesang der halleschen Schwestern und einigen gemeinsam gesungenen Liedern.

Freudlich grüßend schritt die Kronprinzessin durch die Reihen der Schwämmen hindurch und an den dräuenden Rindern und sonstigen Anstaltsinsassen vorüber zum Versammlungsraum, wo der Ordensvermeister über die Arbeiten und Aufgaben des Ordens berichtete und Oberarzt Dr. Fiebig einen medizinischen Vortrag hielt.

Nach Erledigung des geschäftlichen Teils blieb man noch im liebensvoll geschmückten Speisesaal bei Kaffee und Kuchen zusammen. Hier trugen drei Diakonissen Gedichte vor, in dem die Entschuldig eines vor 14 Jahren angesündigten, aber gleich wieder abgelegten Befehls der Kronprinzessin launig geschilbert wurde. Der Diakonisschor sang ein Lied und die anwesenden Johanniterschwämmern hatten Gelegenheit, ihrer lebenswürdigen Protectorsin die Hand zu reichen. Nachdem sie sich auf allen herzlich verabschiedet hatte, fuhr sie von dannen, um in deren

Parteinachrichten

Bezirk Halle.

Kennen Sie die Wirtschaftspartei?
Sie werden mit Ja antworten, denn die Partei versteht sich auf politische Reklame, und ihre Abgeordneten reisen viel im Lande umher und reden ebenso viel von sich und von der Partei. Dabei werden dann auch geschickt ein paar Broden von Steuerberathungen und Wirtschaftserleichterungen unter die Jubler geworfen. Und vor allen Dingen berichtigt man das Schimpfen auf die heutigen Verhältnisse nicht. Schimpfen ist ja so ungeheuer bequem und verpflichtet zu nichts.
Sie werden also die Wirtschaftspartei kennen. Aber kennen Sie auch ihre politische Arbeit? Nachfolgend einige Proben:

Die Wirtschaftspartei treibt angeblich Mittelstandspolitik. Das hinderte sie nicht, im vorigen Jahre für die Hochfinanz zu stimmen und damit für den gewerblichen Mittelstand Rohprodukte und Halbfabrikate und ihm selbst auch den Konsum erheblich zu verteuern. In der Parteipresse und in Versammlungen aber schimpfen die Abgeordneten der Wirt-

schaftspartei, daß der gewerbliche Mittelstand zum Präjuden einer falschen Steuerpolitik gemacht werde.

Die Wirtschaftspartei stimmte gegen die Senkung der Weinsteuern. Sie stimmte für die Biersteuererhöhung. Ihr Abg. Nothe (Präsident des Reichsverbandes der Sotelbesitzer) schimpft darüber, daß man diesen Stand bis auf den letzten Groschen ausplündere.

Die Wirtschaftspartei lehnte auch die vom demokratischen Finanzminister Reihbold durchgeführte Befreiung der Luxussteuer und Senkung der Umsatzsteuer ab.

Die Wirtschaftspartei war es, die in Gemeinschaft mit den Deutschnationalen und der Volkspartei die Hausinssteuer der Länder aufgewungen hat.

Sie trägt infolgedessen auch die Verantwortung für die Hausinssteuer in Preußen. Trotzdem entfaltete sie, besonders in Hausbesitzkreisen, eine lebhafte Agitation gegen die Hausinssteuer. Sie bewies damit, daß sie nicht einmal soviel politischen Aufwand aufbringt, zu ihrer eigenen Tat zu stehen. Sie treibt den Volksbetrug sogar soweit, daß sie den Anschein zu erwecken vermag, als ob sie im Reichstag gegen die Hausinssteuer aufgetreten sei.

Die Wirtschaftspartei hat bei Regelung der Gewerbesteuer für 1925-26 den sogenannten Paragraphen, der für die Vorauszahlungen zur Entlastung der

Bezirksverband Halle-Merseburg

Samstag, den 21. November, vormittags 11 Uhr, im Klubzimmer des Neumarkt-Schützenhauses in Halle

Bezirksvertreter-Versammlung.

Zu der Sitzung hat Herr

Staatsminister Dr. Schreiber

bestimmt zugesagt. Der Minister wird in dem vertrauten Kreise der Parteifreunde wichtige Vorgänge im Reich und in Preußen behandeln.

Die Delegierten werden sich auch mit der Festsetzung des Termins und der Tagesordnung des Landesparteitages zu beschäftigen haben.

Neben den stimmberechtigten Delegierten werden die Parteifreunde im Bezirk und in Halle um ihre Beteiligung an dieser sehr wichtigen Sitzung gebeten.

Nachbarschaft als Betin einer Taufe bewohnen. Ihre schlichte, natürliche Freundlichkeit hat ihr die Herzen gewonnen. Man fühlte, daß sie anspruchslos nur dem Werk der besehenden Liebe dienen wollte.

So stand es würdlich in der „Allgem. Zeitung“ (Halle) vom 7. 11. 26. Wäre der Bericht nicht durch ein „Man schreibt uns“ eingeleitet und stünde es nicht im letzten Teil hinter den Berichten über Wetter und Saalmaßler, so könnte man meinen, es handle sich um eine Zeitung vom Jahre 1913.

Dem Rechtsblatt wollen wir es zugute halten, daß ihm bei diesem Bericht anscheinend nicht ganz wohl zumute war. Aber wir sind ihm auch dankbar, daß es uns dieses Blicklicht aus Halles Gesellschafts- und Kirchenleben nicht vorenthält. Welcher Kurs im Diakonissenhaus gesteuert wird, ist uns seit langem bekannt. Wir fürchten aber, daß die evangelische Kirche und ihre Diener unbeherrschbar sein wollen. Wenn das so weitergeht, werden sie in ihren Gemeinden mehr Unheil anrichten, als sie veranlassen können. G.

Halle. Die Deutsch-demokratische Frauengruppe meldet: Aus Gesundheitsrücksichten hat am 1. November Frau Luifritz Marg. Bennewitz ihr Amt niedergelegt. An ihrer Stelle wurde Frau Prof. Irma Wolff zur Hauptvertrauensfrau des Wahlkreises Merseburg gewählt.

Mit großem Bedauern sehen wir Frau Bennewitz aus ihrem Amt scheiden, das sie, die Mitbegründerin unserer Frauengruppe, seit Gründung der Partei in Händen hatte und mit opferbereitem Sinn und warmem Herzen vermalte. Wir verlieren in Frau B., die 40 Jahre lang am politischen Leben teilgenommen hat, eine wohlunterrichtete, wertvolle Mitarbeiterin, die stets mit klarem Blick und sicherem Urteil — allen gesellschaftlichen Vorurteilen zum Trotz — für die Ziele der Demokratie eingetreten ist und für die mannigfachen Aufgaben, die uns demokratischen Frauen aus unserer Weltanschauung erwachsen. Sie war eine tapfere Streiterin für die Idee der politischen Befreiung der Frau, für ihre Gleichberechtigung, aber auch Gleichverantwortlichkeit als Staatsbürgerin. In dankbarer Anerkennung ihrer Verdienste ernannte die Frauengruppe Frau Marg. Bennewitz zu ihrem Ehrenmitglied, wie es übrigens der geschäftsführende Vorstand unserer Partei schon im Frühjahr getan hat, als Frau B. dort aus Gesundheitsrücksichten ihre Arbeit niederlegte.

Halle. Die Bezirksvertretertagung, die für Sonntag, den 21. November, vormittags 11 Uhr nach Halle (Klubzimmer des Neumarkt-Schützenhauses) einberufen wird, weist folgende Tagesordnung auf: 1. Geschäftsbericht. 2. Herr Staatsminister Dr. Schreiber über die Lage im Reich und in Preußen. 3. Bestimmung des Termins und der Tagesordnung des Landesparteitages. 4. Anträge und Beschlüsse. Stimmberechtigt sind die von den Kreisvereinen gewählten Vertreter. Darüber hinaus ist aber jedes eingeschriebene Mitglied willkommen. Ganz besonders wird an alle Mitglieder des Halleschen Gesamtverbandes die Bitte um Beteiligung an der Tagung gerichtet. Sie müssen es für ihre Pflicht halten, den auswärtigen Parteifreunden, die die Reise nach Halle nicht scheuen, zu zeigen, daß hier ein reges Interesse an der Zusammenarbeit im Bezirksverbande vorhanden ist.

Halle. Am 28. Oktober sprach Frau Irma Wolff über „Frau und Wohnung“ in der Frauengruppe. Sie knüpfte in ihren Ausführungen an die beiden großen Wohnungstagen, vom Bund deutscher Frauenvereine nach Düsseldorf und Berlin einderufen, an. Sie zeigte einerseits, daß quantitativ zahlenmäßig eine ungeheure Wohnungsnot besteht, andererseits qualitativ, d. h. der Form nach die Probleme im Wohnungsleben bei uns in Deutschland noch vollständig ungeklärt sind. Industrialisierung und damit Verflechtung der Bauwirtschaft ist in Amerika weit vorgeschritten (der amerikanische Arbeiter gibt bedeutend weniger für Wohnmiete aus als der deutsche). Oft möchte bei uns die Technik vor der Rütche halt und der Hausfrau bleiben heute sehr viele Wünsche offen. Wo sind Rhythmus und Wirtschaftlichkeit und technische Fortschritte, welche die Arbeit der Hausfrau erleichtern? Das Zusammenarbeiten von Hausfrauen mit Architekten ist eine zeitgemäße Forderung, die auch dringend der bekannte frühere Stadtbaumeister von Magdeburg, Bruno Taut, in seinen Schriften fordert. Die Rednerin sprach noch von den Fragen der Geldbeschaffung zum Wohnungsbau für die minderbemittelte Bevölkerung, von dem in Entwürfen vorliegenden Reichsheimstättengesetz, früher Bodenreformgesetz, und zuletzt von den in Düsseldorf und Berlin gefassten Resolutionen. — Eine lebhaftige Aussprache schloß sich an den Vortrag an. Frau Studentin Habe gab am gleichen Abend einen Ueberblick über die Entwicklung der politischen Lage.

Halle. Frau Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer spricht am Dienstag, den 16. November, abends 8 Uhr in der Volkshochschule über „Humanismus als Weltanschauung“. Wir hoffen, daß recht viele Demokraten, besonders auch die Frauen, Gelegenheit nehmen, Gertrud Bäumer zu hören.

Der Ortsverein Weitzenfels hielt am Montag im Sächsischen Hof seine Monatsversammlung ab. Nachdem der 2. Vorsitzende, Kaufmann Wagner, die Erschienenen

begrüßt und einige geschäftliche Mitteilungen gemacht, sprach Amtsleiter Renker-Salle über Gegenwartsfragen der deutschen Politik. Redner schilderte die außenpolitische Lage, ging dann zu den Fragen des Völkerbundes, Großdeutschland und Rußland über und gab im Anschluß über den Ausfall der sächsischen Landtagswahlen einen Ueberblick über die Stellung der politischen Parteien in den wichtigsten interpolitischen Fragen. An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Aussprache.

Witterfeld. Monatsversammlung der D. D. P. In der am 20. Oktober abgehaltenen Monatsversammlung der D. D. P. fand nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten eine Aussprache über ein Ansuchen vom Vorstand des Bezirksverbandes der D. D. P. Halle-Merse-

D. D. P. Halle

Mittwoch, den 24. November, abends 8 Uhr im großen Nikolaus-Saal

Lichtbildervortrag: Groß-Deutschland.

Vortragender: Herr Renker.

Nach dem Vortrage: Kommunalpolitische Aussprache.

Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen gebeten. Gäste sind willkommen.

Der Vorstand.

burg statt. Der Schriftführer wies als Kreisvorsitzender darauf hin, daß die Hauptleitung in Berlin im Laufe des Winters die Veranstaltung eines Bauern- und Mittelstandstages in Aussicht genommen hat. Von großer Wichtigkeit für das Gelingen ist es natürlich, daß die Veranstaltungen von demokratischen Landwirten und Mittelständlern aus dem Lande entsprechend beachtet werden. Im Laufe des Winters ist weiter eine Werbemappe für die Partei geplant. Die Aussprache war eine recht eingehende und mehrere Vorschläge wurden angenommen, die der Bezirksleitung in Halle bezw. der Zentralleitung in Berlin unterbreitet werden sollen. — Es wurde auf eine Schrift von Hoff, Mitglied des Preussischen Landtages: „Die neue Hauszinssteuer in Preußen“ aufmerksam gemacht, worüber in einer der nächsten Sitzungen ein Referat gehalten werden soll. — Sodann wurde ein Bericht über die Reichszentrale für Heimadrenten gegeben, die in rühmlicher Weise in Witterfeld einen „Staatsbürgerlichen Bildungstag“ abhalten will und die Behörden und wichtigsten Vertreter von wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Stadt Witterfeld zu einer Vorbesprechung eingeladen hatte. — Dem Hauptreferat der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Stadtrats Dietrich über die Ausführungen des Oberbürgermeisters Luppe über: „Die Reichsfinanzordnung“, die dieser auf dem Provinzialtag in Halle vorgetragen hat. — Zum Schluß wurden einige Punkte der Tagesordnung der nächsten Kreisversammlung und die Angelegenheit betr. Auszahlung von Vorkauf auf aufgewertete Hypotheken an bedürftige Sparer besprochen. F. R.

Aus Parlamenten und Parteien

Mitteldeutsches Jungdemokraten-Treffen in Göttingen.

Am 13. und 14. November ruft der Gau Anhalt Deutsche Demokratischer Jugend alle Gesinnungsgenossen aus Mitteldeutschland, Thüringen und Sachsen zu einem Treffen nach Göttingen zusammen. Im Rahmen eines Festabends spricht dort Studentendirektor Dr. Bohner-Magdeburg, Mitglied des Landtages. Am 14. November ist Stadtbefähigung, bundespolitische Tagung und am Nachmittag Wanderung und geistliches Beisammensein.

Der Volkspartei zur Beachtung empfohlen!

In der Zeitschrift „Der Deutsche Volkswirt“ finden wir diese Zeilen:

„Am Ende der Tagung ihrer vereinigten Fraktionen haben die demokratischen Abgeordneten eine Resolution angenommen, in der gesagt wird, daß die Deutsche Demokratische Partei die „attraktivste Fortschrittung“ der von Walter Rathenau begonnenen Außenpolitik durch Dr. Stresemann, „dankbar anerkannt“. Hier ist ein Beispiel demokratischer Umgangsformen gegeben, wie sie sein sollen. Der Minister des Äußeren ist Mitglied der Deutschen Volkspartei, die Beziehungen zwischen den beiden Parteien sind keineswegs besonders eng oder herzlich; sie sind zwar im Reichstag koalitiert, aber in Preußen z. B. stehen sie sich als Angehör-

ger der Regierung und Opposition gegenüber, noch in mehreren anderen Landtagen sind sie Gegner. Das hielt die demokratischen Parlamentarier nicht ab, die Politik, die Herr Stresemann macht, zu loben. Aber sie begnügten sich nicht damit, sich zu ihr zu bekennen; da sie sie dannstens finden, so zögerten sie nicht, ihre Dankbarkeit auszudrücken. Von den Symptomen, die das für sprechen, daß auch das deutsche Volk sehr wohl im Stande ist, sich parlamentarisch zu regieren, ist dieses formale nicht das geringste. Die Gegner der deutschen Republik, die stets mit abschläglicher Geringschätzung von den politischen Fähigkeiten der Deutschen zu sprechen pflegen, zählen zu ihren Argumenten auch die deutsche Zwitterart und Unentschiedenheit. Aber um sie zu überwinden, braucht es nichts als die Gewöhnung zur Selbstverantwortlichkeit, die Ausbildung einer parlamentarischen Tradition, die die Sachlichkeit über parteimäßige Bindungen stellt. Und zu dieser Sachlichkeit gehört eben auch die rückhaltlose Anerkennung des Guten, das der Angehörige der gegenüberliegenden Partei vollbringt. Gemüß, wir müssen noch einen Schritt weiter kommen in dieser Richtung, dahin nämlich, daß das ganze Haus, ausnahmslos, seinen Beifall spendet, wenn eine für die ganze Nation erfreuliche Arbeit geleistet wird, eine Erscheinung, wie sie im englischen Haus der Gemeinen nicht selten zu beobachten ist. Daß wir noch nicht soweit sind, das rührt eben daher, daß wir noch Parteien haben, die dem Parlamentarismus an sich zweifelnd oder ablehnend gegenüberstehen und darum eine formale Billigung auch der Politik scheuen, der sie materiell nichts Besseres gegenüber zu stellen haben. Aber warten wir aus, über ein Kleines wird auch das sich ändern.“

„Deutsche Republik“

Das erste Heft der Wochenschrift der Republikanischen Union, „Deutsche Republik“ ist soeben erschienen. Das Heft führt in die Grundgedanken der republikanischen Bewegung ein, zu der Dr. Wirth soeben aufgerufen hat und bringt Aufsätze von führenden Parlamentariern der Weimarer Parteien. Neben einem Einführungsaufsatz der drei Führer der Republikanischen Union Löbe, Haas und Wirth enthält das Heft Beiträge von Reichstagsrat Dr. Marx, Hermann Müller-Franzen, Dr. Ludwig Haas, Dr. Joh. Wirth, Karl Brüger, Heinrich Leich, Phil. Scheidemann, Martin Rade, Carl Sonnenhagen, Robert Breuer, Herm. Wendel, Julius Hirsch, Fritz Naphthal u. a.

„Der Herr Graf hat's befohlen“

Eine deutchnationale Episode. Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Angehöriger der vielen Zwischenschiffe, die sich im Sozialpolitischen Austausch ereigneten, darf eine Episode nicht vergessen werden, weil sie so ganz charakteristisch für die Deutschnationale Partei ist. Bei der Beratung des Krisenfrühjahrsgegesetzes hatten die Kommunisten wieder einmal einen ihrer unzulässigen Anträge gestellt. Als dieser Antrag nun zur Abstimmung kam, stimmten dafür die Kommunisten, die Wächtigen, die Sozialdemokraten (!) und auch ein Teil der Deutschnationalen. Anderen Ausschüßmitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei kam die Sache aber doch nicht ganz geheuer vor und zu tiefen Leuten, denen es anscheinend auch etwas an die Sache und nicht so sehr um politische Manöver ging, gehörte auch der Quedlinburger Vater-Ehren-Obermeister Kieseberg. Zwischen den deutschnationalen Mitgliedern entspann sich nun ein Disput. Kieseberg wollte nicht für diesen Antrag stimmen, bis ihm der Fraktions-Geschäftsführer Landtag schrieb: „Der Herr Graf hat's befohlen!“ Sowie Mut brauche aber auch der Vater-Ehren-Obermeister Kieseberg nicht auf, sich dem Befehl des Fraktionsgewaltigen, des Grafen Weitzap zu widersetzen, Gehorsam befolgte er diesen Befehl und stimmte für den unantastbaren Antrag.

Wilhelm Spethmann-Eternförde †

Der frühere Reichstagsabgeordnete Wilhelm Spethmann ist in Eternförde im 64. Lebensjahr gestorben. Spethmann war Begründer und Herausgeber der „Eternförder Nachrichten“. Im Jahre 1903 und in den Jahren 1907 bis 1912 hat er als Mitglied der Reichstagsfraktion der Preussischen Volkspartei, Wahlkreis Eternförde-Schleswig im Reichstag vertreten. Der freibetrieblichen Sache gehöre aber auch dann noch seine Liebe und Arbeit, als er nicht mehr Mitglied des Reichstags war. Als nach der Staatsumwälzung die Deutsche Demokratische Partei gegründet wurde, war es für ihn selbstverständlich, daß er ihr sofort beitrug. Bis zu seinem Tode hat er der Demokratischen Partei unerschütterlich die Treue gehalten.

Stahlhelm und Stresemann.

Vor kurzem hielt der Stahlhelm in Schleswig-Holstein seinen Gasttag ab, auf dem Medizinrat Dr. Frida sprach. Neben den üblichen Ausfällen gegen den Parlamentarismus erklärte der Redner auch, daß mit dem Stahlhelmegeist auch der Geist von Locarno unverträglich ist, und weiter lehnte der Redner den „Angehang von Genf“ unter dem Beifall der Anwesenden ab. Unter diesen Anwesenden befand sich aber auch, und das ist das merkwürdige an der Sache, der Reichstagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei Geismart Rintel. Leider verjagte der Bericht nicht, ob sich auch der Geismart Rintel an dem Beifall beteiligt hat, mit dem Stresemanns Außenpolitik abgetan werden sollte.

Staatssekretär Dr. Abegg

pricht Sonntag, den 14. November, vormittags 11 Uhr in Magdeburg in der „Freundschaft“, Brälatenstraße 32. Alle demokratischen Wähler sind eingeladen.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal am Donnerstag. — Preis pro Nummer: 60 Heller (1 Mark 100 Heller). — Abbestellen bei allen Buchhandlungen, Verlags- und Druckereibetrieben. — Druck- und Verlagsanstalt: "Der Politische Wegweiser", Leipzig, Gutenbergstraße 21, 1. Eingang. — Telefon: 10000. — Postamt Leipzig: B. 11. — Verlagspreis: 4 Mark 50 Heller. — Versandpreis: 5 Mark 50 Heller. — Ausland: 6 Mark 50 Heller. — Abbestellen bei: "Der Politische Wegweiser", Leipzig, Gutenbergstraße 21, 1. Eingang.

Verlag: Verlagsanstalt "Der Politische Wegweiser", Leipzig, Gutenbergstraße 21, 1. Eingang. — Telefon: 10000. — Postamt Leipzig: B. 11. — Verlagspreis: 4 Mark 50 Heller. — Versandpreis: 5 Mark 50 Heller. — Ausland: 6 Mark 50 Heller. — Abbestellen bei: "Der Politische Wegweiser", Leipzig, Gutenbergstraße 21, 1. Eingang.

Nummer 46

Halle (S.), 13. November 1926

2. Jahrgang

Befriedung und Konflikte.

Reichstagsbeginn — Uebler Anfang — Sozialdemokratisches Agitationsbedürfnis — Deutschnationale Demagogie — Die Hohenzollern-Debatte — Keine Märtyrer — Die Sehnsucht der Rechten nach Ministersejeln — Unsere Bedingungen — Das tote Geleise — Frankens Stabilisierung — Baldwin für Verteidigungspolitik — Um die Militärkontrolle — Der Fall Garibaldi — Genugtuung für Frankreich — Der serbisch-italienische Konflikt — Die verfehlten Maßnahmen des Faschismus — Verständigung in der Tschechoslowakei — Der Sinn der Geschichte.

Die Politik ist in erster Linie und das kann nicht oft genug ausgesprochen werden, die Kunst der Geduld. Werden behalten ist ihr erstes Erfordernis. Niemandes bewahren heißt sich so oft der Saß, daß nichts so heiß geseht, wie getoht wird. Nur Sensationswut überläßt die Konfliktmöglichkeiten, die sie immer ergeben, ohne zu einer Krise zu führen. Gewiß kann auch das der Fall sein, aber man wird, durch Erfahrungen genötigt, gut tun, sie nicht von vornherein in die Rechnung als sicher einzustellen. Ihre Möglichkeit besteht immer, man ist gleichsam auf sie vorbereitet, aber gerade deshalb kann man sie am so ruhiger betrachten. Der Reichstagsbeginn läßt sich für den Aufstehenden schon der Anfang vom Ende zu sein. Alles hätte sich gegen die Regierung verhalten und die ersten Abstimmungsresultate waren in der Tat wenig geeignet, die Zukunft auf ruhige Entwicklung in diesem Winter zu führen. Heute, noch ehe die Woche zu Ende gegangen ist, nehmen die Dinge ein schon erheblich freundlicheres Gesicht an. Dabei versehen wir durchaus nicht, daß es sich um ein labiles Gleichgewicht handelt, das Erschütterungen nur allzu leicht erliegt. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß wir im Laufe der Zeit zu einer Reichstagsauflösung kommen, aber man soll sie nicht ohne Zwang herbeiführen, und man soll vor allem, wenn sich die Notwendigkeit herausstellen wird, auch die geeignete Stunde wählen. Kann man sie vermeiden, umso besser, denn wir haben keine Veranlassung, das deutsche Volk vor eine neue Entscheidung zu stellen, die bei der herrschenden Verfahrensweise äußert ungesund ist.

Das Verhalten der Sozialdemokratie war von vornherein, und das hatten wir nach dem Ausgang der sächsischen Landtagswahlen als sicher angenommen, vollkommen von dem Gedanken befreit, in Wettbewerb mit den Kommunisten zu treten. Nicht in der Frage der Erwerbslosenfürsorge leben wir dieses Agitationsbedürfnis gestillt, denn man wird zugeben müssen, daß die Notlage tatsächlich vorhanden ist und eine präparative Erhöhung der Höhe durchaus angehen wäre, wenn sie nur die Finanzen ertragen könnte. Wir verüben der Opposition es nicht, daß sie solche Forderungen erhebt. Sache der anderen Parteien ist es, hier die richtige Linie zu finden. Daß die Deutschnationalen aus Demagogie ihre Anträge unterlassen würden, konnten sie nicht voraussehen. Ueber diese merkwürdige Taktik ist kein Wort der Beurteilung schon genug, und wenn man die deutschnationalen Blätter liest, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob ihnen selbst vor der Gottähnlichkeit ihrer Reichstagsaktion etwas unheimlich zu Mute würde. Es ist keine Rechtfertigung, was die eigene Presse versucht, sondern nur eine lahme Verteidigung.

Ueber das Ziel hinausgeschossen ist die Sozialdemokratie mit ihren Anträgen auf Ausweitung der Mitglieder der ehemals regierenden Häuser. Es ist ohne Zweifel eine Verfassungsänderung, denn nach Artikel 111 hat jeder Deutsche das Recht zur Freizügigkeit und Niederlassung im Reichsgebiet. Solche Bestimmungen, die gerade von demokratischer Seite seit 80 Jahren immer gefordert worden sind, und deren geschliche Festlegung ein beträchtlicher Erfolg der Entwicklung ist, soll man nicht ohne Zwang aufheben, sie sind schließlich auch ein Schutz gegen die Reaktion in einzelnen Ländern. Daran zu rütteln haben sie keinen Anlaß. Umso weniger, als die Strafgeleise ausreichen, wenn Verfehlungen vorliegen. Gewiß hat die Justiz manchmal verlangt, und der Reichspräsident Dr. Simon hat das in keiner Mäßigkeit Rede offen zugegeben, aber er hat bestritten, daß es hier ein System sei, sondern weit eher auf falscher persönlicher Einstellung vieler Richter beruhe. Ein gewisser Wandel ist übrigens bemerkbar und es sei nur daran erinnert, daß eben erst ein Berliner Gericht den früheren höchsten Reichstagsabgeordneten Fahrenhorst zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt hat, wegen Beschimpfung republikanischer Minister und der Republik, mit der Begründung, die gesetzlich festgelegte Staatsform mißte unter allen Umständen gegen derartige Ausschreitungen geschützt werden.

Argwöhnische Ausfälle auf Annahme des sozialdemokratischen Antrages bedürft nicht und schon deshalb hätte er unerwähnt sollen. Man schafft keine Märtyrer, damit erreicht man immer die entgegengesetzten Wirkungen. Die Hohenzollern sind so reichlich bemüht, den monarchischen Gedanken totzuschlagen, daß wir sie bei diesem tödlichen Beginnen nicht fördern sollen. Wenn Prinz Oskar einem Streifmann-Attentäter Zigaretten in den Unterhosen gesteckt hätte, so würde er damit um Hunderttausende von Republikanern. Es ist bezeichnend, daß sich Herr von Lindemann-Wildau in seiner großen Reichstagsrede mit keinem Wort auf diesen Vorgang eingegangen ist, obwohl ihn der Sozialdemokrat Dr. Zenger geradezu herausgefordert hat. Ueberhaupt war diese Rede des jungen deutschnationalen Abgeordneten interessant durch das, was sie mehr verriet, und er hat zu allem Ueberflus noch betont, daß er durch das, was er sagte und nachsagte, seine eigene Unabhängigkeit manifestieren wollte. Wenn Worte einen Sinn haben, und das nehmen wir an, dann kann es nur bedeuten, daß zum mindesten ein Teil aus dieser Frazition keine Lust verspürt, für eine verlorene Sache zu kämpfen.

Was die Deutschnationalen wollen, ist der Eintritt in die Regierung. Selbst unter Opfern. Sie drängen förmlich in die Ministerpalais. Wir aber sehen die Dinge doch etwas anders an und glauben, daß damit dem deutschen Volke nicht gedient ist. Vor allem wollen sie eine Umwidmung in der Partei nicht aufhalten, die unbedingt erforderlich ist. Herr Marx hat in Erfurt zwei Bedingungen gestellt, die jede Partei erfüllen muß, wenn sie die Verantwortung übernehmen soll. Anerkennung der Realität und Anerkennung der Thoiry-Ministerei. Das entspricht auch der Auffassung der liberalen Partei. Nachdem die Deutschnationalen im Ausdrücklichen Ausschritt gegen Stresemann vorgegangen sind und seine Mißbilligung geäußert haben, kann das Angebot nur in Papierform geworden werden. Wir müssen allerdings damit rechnen, daß sich ähnliche Vorgänge wie bei der Erwerbslosenfrage jetzt wiederholen. Es scheint, als die Deutschnationalen geradezu verzweifelte Bestrebungen, die Mitte geistig zu fesseln. Glaubt man sich der sicher nicht. Es hängt von der Klugheit der Sozialdemokraten ab, ob dieses vernünftige Spiel zu immer neuen Konflikten führt, oder sich als aussichtslos erweist. Sollte die Linde wieder verfallen, so bleibe in der nur die Auflösung übrig. Sie würde zweifellos einer schweren Niederlage der Rechten enden. Ob sie überigen unseren Wünschen entspricht, ist nicht ganz sicher. Zum mindesten sollte man abwarten, bis die Folgen Thoiry sichtbar werden.

Vorläufig ist die Außenpolitik auf einem toten Geleise festgefahren. Das kann nur dem flüchtig machen, den Gang solcher Verhandlungen nicht kennt. Kein internationaler Vertrag kommt zustande, ohne daß ein Male der Abbruch unmittelbar bevorsteht. Jeder Vertrag der letzten Jahre ist dafür ein Maßstab. Die liegt in der Struktur der Diplomatie. Deshalb ist Aufregung überflüssig. Solange Verhandlungen nicht endgültig gescheitert sind, können sie nicht als verfallen angesehen werden. Bei Thoiry wäre jeder Verzicht verfehlt. Je weniger man bei uns drängt und je tätiger und gelassener man einem Scheitern entgegensteht, umso weniger Grund zu Befürchtungen besteht. Es war ja bei Locarno nicht anders. Man soll es Poincaré überlassen, seinen Franken zu stabilisieren. Französische Wirtschaftskräfte leben die Anfangserfolge sehr krafftreich an. Wir brauchen auch den Franzosen nicht zugrunde, ihre Schut-

zwar mit allem Nachdruck, ist die Wahrung der Militärkontrolle, die immer neuen Verbuch schafft. Die Verhandlungen beginnen wohl jetzt ersichtbare Formen anzunehmen und wir haben das Vertrauen zum Locarno-Gebiet, daß er sich durchsetzt.

Die gleiche Zurückhaltung ist aber auch jenen Konfrontationen gegenüber empfehlenswert, die in der letzten Woche die Öffentlichkeit in so starkem Maße beschäftigt haben. Der Fall Garibaldi hat viel Staub aufgewirbelt. Es ist in der Tat eine Erscheinung, die den moralischen Zerfall des Faschismus deutlich genug beweist. Doppelt und dreifach, das Verschwinden konsensierender Ioll und Autentike aufstellen soll, ist immer der Anfang vom Ende. Auch der Versuch, gerade auf französischem Boden Kompromisse zu schließen, um so eine fremde Aktion in der Gegenwart zu sehen, ist nicht neu. Wir begreifen die Unterstützung der Pariser Presse und die ernstlichen Vorstellungen des französischen Botschafters in Rom entgegen durchs diplomatischen Gespinnsteiben, aber töricht wäre es, irgendeine übertriebene Hoffnungen daran zu knüpfen. Die Erregung ist bereits im Abklingen begriffen, nachdem Mussolini ausreichende Genugtuung gewährt hat und nichts weiter verfehlter, als deutschseits etwa zu helfen. Unser eigenes Interesse geht gar nicht dahin, zwei Nachbarstaaten zu verfeinden, wobei wir nur selbst Gefahr laufen, mit vermindelt zu werden. Jede Verfeindungsaktion in Europa stellt eine Bedrohung aller den ferblich-ständischen Handeln des Kontinenten draußt Ruhe,

sondern lebendiges Leben. Wenn der Faschismus Maßnahmen sich seiner selbst zu wird man auf Grund der die Zweifel hegen müssen keine Opposition durchsetzen. Vor allem hat keine ausgefallen. Eine ist abbar. Die völlige Verantwortung immer als das beste selbst erweisen, nur erwungen wird. Diese geschichtliche Erfahrung, sollte uns nicht Raum haben das einzige Ergeb-

zwischen Mehrheit und dem Gesamtinteresse. Man hat auch dort zu kleine Maßnahmen in den entgegengesetzten machen. Seeben in einer Schuler angeklindigt.

Man solle sich nicht gegenseitig die Schuld farnahmen. Damit ist ein Schritt vorwärts getan, der sicherlich auch der Tschechoslowakei zum Nutzen gerät. Wenn das Deutschland, das ja in Wägen und Wägen sehr stark ist, man menslich kulturell, mit den Tschechen gehen kann, so bedeutet das für den jungen Staat eine Förderung, die ihm gegen Erschütterungen nach innen und außen schließt. Es wird auch der Tag kommen, wo man in Italien zu der Erkenntnis gelangt, daß man den Trolern gegenüber schwerer Fehler begangen hat. Man soll vor allem Vertrauen zu den lebendigen Kräften der Geschichte haben. Sie rächen die Fehler und erzwingen die Umkehr.

Richard May.

Wieviel Mitglieder hast Du in deiner Partei? Keine? Dann eis, stüne nicht! Stehe Andern nicht nach. Auf Deine Mitarbeit kommt es an.

denabkommen mit England und Amerika zu ratifizieren. Sie werden sich eines Tages schon von selbst dazu befehen und damit die Aufhebung der Eisenbahnkons in irgend einer Form ermöglichen. Wir dürfen diese abwartende Haltung einnehmen, weil wir wissen, daß sowohl London wie Washington die deutsch-französische Annäherung wünscht. Bei dem Zeit der Einführung des neu gewählten Lord-Mayers von London hat Baldwin sich ausdrücklich dazu bekannt und diese Verständigungspolitik als den Geistern der englischen Politik überhaupt bezeichnend. Was von uns gefordert werden muß und

Demokratischer Reichstagsitag in Stuttgart. Einheitsstaat und Siedlung.
Wie der Vorsitzende der demokratischen Arbeitstagung, Reichstagsabgeordneter Erelens mitteilt, wird voraussichtlich der Reichstagsitag der Deutschen Demokratischen Partei, vorbehaltlich der Zustimmung des Parteivorstandes und des Parteiausführes in der Woche nach Pfingsten in Stuttgart stattfinden. Im Vordergrund der Erörterungen werden die Gedanken des Einheitsstaates und der bauerlichen Siedlung stehen.